

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 9 (1929-1930)
Heft: 5-6

Artikel: Der Kampf um das neue Frankreich
Autor: Pütz, A.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-157023>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Erwartungen verwirklichten sich bisher nicht. Schuld daran ist neben der naturgemäßen Knappheit des Hafenraumes und der dadurch bedingten erhöhten Umladezeiten und vermehrten Spefen in erster Linie die Tatsache, daß Genua den Schiffen keine lohnende Rückfracht liefern kann, sodaß sich die Transporte dorthin stets teurer stellen. Dann ist auch die teure Fahrt auf Grund der hohen Gütertarife der S. B. B. von Chiasso in die eigentlichen Konsumgebiete der nördlich der Alpen gelegenen Teile der Schweiz in Erwägung zu ziehen. Schließlich darf nicht vergessen werden, daß gewisse Nordseehäfen für bestimmte Produkte seit Jahrzehnten, ja Jahrhunderten usanzgemäß benützt werden, und gegen die Tradition der Seehandelswege kann durch Propaganda allein nicht aufgekomen werden. Der Verkehr über Genua betrug 1913 rund 138,000 Tonnen, erreichte 1919 die beträchtliche Ziffer von 614,000 Tonnen, sank aber bis 1928 wieder auf 168,000 Tonnen.

Betrachten wir abschließend die schweizerisch-italienischen Handelsbeziehungen, so darf wohl der Meinung Ausdruck gegeben werden, daß die beiden Staaten auf Grund ihrer verschiedenen Struktur sich wesentliche Dienste leisten können. Die Intensität des gegenseitigen Verkehrs darf nach diesen Ausführungen als erwiesen angesehen werden. Wenn Italien die lange innegehabte Stellung des drittbedeutendsten Staates für unsere Einfuhr an die U. S. A. abgeben mußte und sich auch noch durch Großbritannien überflügeln ließ, sodaß es heute nur noch den fünften Rang behauptet, dann ist für diese Rückentwicklung nicht die Abneigung der Schweiz gegen die Produkte unseres südlichen Nachbarn maßgebend, sondern sie ist Umständen zuzuschreiben, deren Beseitigung nicht bei uns liegt. Freuen aber dürfen wir uns, daß es der Schweiz gelungen ist, trotz den nicht ausschließlich natürlichen, sondern auch willkürlichen Hemmungen Italien wie seit langen Jahren als den fünftbedeutendsten Abnehmer zu bewahren.

Der Kampf um das neue Frankreich.

Von A. Pütz, Paris.

I.

Nach zehn Jahren voller Irrtümer und Täuschungen zieht Frankreich die Bilanz. Die historischen Kammersitzungen zu Julibeginn 1929 reichen in ihrer Dramatik an die entscheidenden Tage heran, wo über Schuld und Unschuld eines jüdischen Offiziers das Schicksal der Republik mit dem Frieden Europas auf der Wagschale lag.

Rufen wir uns zunächst ein paar Ziffern ins Gedächtnis zurück. Nach französischen Berechnungen beliefen sich die Gesamtausgaben Frankreichs zur Führung und Beendigung des Krieges auf folgende Beträge:

1. Eigentliche Kriegsausgaben	93 Goldmilliarden
2. Schäden an Gütern und Sachen	50 "
3. Schäden an Personen	40 "

Zusammen 183 Milliarden Fr.

Die Zahlungen Deutschlands werden mit folgenden Summen in Rechnung gestellt:

1. Vor dem Dawesplan	37,6 Millionen Mark ¹⁾
2. Infolge des Dawesplanes	3,230.— " "
3. Infolge des Youngplanes	18,737.— " "

Zusammen 22,004,6 Mill. Goldmark

In Papierfranken umgerechnet, stellt sich also die „Bilanz des Sieges“ so dar:

Ausgaben:	915 Milliarden Franken
Einnahmen:	134 Milliarden Franken
Fehlbetrag:	781 Milliarden Franken

Die „eigentlichen Kriegsausgaben“ erachtet man gewöhnlich durch den namhaften Gebietszuwachs und das gewaltige Prestige als gedeckt. Es bleiben dann noch 90 Goldmilliarden, für die der heutige Innenminister Tardieu (nicht der arme Klotz, und auch nicht Clemenceau: dies muß einmal richtiggestellt werden) das berühmte Wort prägte: „l'Allemagne payera!“ Zehn Jahre lang blieb im Herzen des mittleren Franzosen wie in den Köpfen seiner Führer dieser Wahn erhalten. Die Illusion war stärker als alle Ereignisse, Tatsachen, Erfahrungen. Kein Staatsmann, auch Caillaux nicht, hatte den Mut, dem Volke die Wahrheit nicht nur zu sagen — seit Pareto wissen wir, daß es bei den Massen psychologische Tiefen gibt, die durch einfaches Mitteilen unbequemer Dinge nicht erreicht werden können —, sondern sie ihm auch in verdaulicher Form zu verabreichen. Im Grunde wurde Frankreich — nicht nur Frankreich allein! — zehn Jahre lang von Illusionisten regiert: Illusionisten des Sieges, die schlimmsten von allen. So mußte es schließlich zum Nervenchof kommen. Er ist jetzt noch nicht überwunden. Ein Glück nur, daß die Massen der Frontkämpfer, die am kritischen Sonntag durch die Avenue des Champs-Élysées zum Triumphbogen zogen, über keinen Boulanger verfügten. So wird nur, wenn nicht alles trügt, von jener schwülen Stunde eine dazu noch umstrittene Ohrfeige übrig bleiben, die dem Polizeipräfekten verabreicht wurde.

II.

Wie alle schlechten Rechner liebt der Franzose das Zahlen nicht. Der „Kampf um die Ziffern“ ist hier nie rein materiell zu verstehen: an jeder Ziffer hängt ein Stück vom Herzen, an jeder Summe ein Teil Gefühl; beides muß man zusammen betrachten und verstehen. Die Abkommen Mellon-Bérenger und Caillaux-Churchill waren von reinen Finanzleuten geschlossen worden, die der gefühlsmäßigen Seite keine Be-

¹⁾ Nach Abzug aller Kosten für Besatzungen u. s. w.

achtung schenkten. In Wirklichkeit dachte noch vor Jahresfrist kein Mensch in Frankreich, daß diese Verträge einmal gutgeheißen und ausgeführt würden. Man feierte mit großem Gepränge die Verbrüderung der Waffen, umarmte sich auf den Schlachtfeldern, ließ die Tricolore, den Union-Jack und das Sternenbanner zusammen rauschen; in aller Stille zahlte Poincaré seit 1926 die Jahresraten aus und wartete auf den günstigen Augenblick, um den feuchten Schwamm über die Schuldentafel zu führen. Es kam zu der Krisis des Dawesplanes, zu den Genfer Verhandlungen, dem Zusammentritt der Sachverständigen in Paris: Man merkte noch immer nichts. Aber es rückte ein fatalistisches Datum näher und näher: Der 1. August 1929, der Fälligkeitstag der „Kriegsschuld“ in Höhe von 407 Millionen Dollar. Sie war in das Abkommen Mellon-Béranger einbegriffen: wurde dieses von den Kammern rechtzeitig ratifiziert, so brauchte Herr Chéron den Staatsfächer nicht zu öffnen. Anfangs Juni unterzeichneten die Sachverständigen den Youngplan. Der Anteil Frankreichs ist darin mit folgenden Beträgen vorgesehen:

5 Monate Dawesplan	630 Mill. Goldmark
Jahreszahlungen vom 1. 9. 29 bis 1. April 1966	17,188 „ „
Jahreszahlungen vom 1. 4. 66 bis 1. April 1988	1,549 „ „
Zusammen	19,317 Mill. Goldmark

oder rund 120 Milliarden Papierfranken Gegenwartswert, die Frankreich mit einem Schlage zum reichsten Lande Europas machen würden. Ziehen wir nun die an England und Amerika zu leistenden Zahlungen ab, so bleiben für Frankreich 37 Jahresraten zu 420 Millionen Goldmark übrig, deren Gegenwartswert 42 Milliarden Papierfranken beträgt. In der französischen Kammer wurde immer wieder die Frage aufgeworfen: Was geschieht, wenn Deutschland aus irgendeinem Grunde seine Zahlungen einstellt? — Um taktischer Gründe willen vermied es Poincaré, die volle Wahrheit zu sagen, auf die Gefahr hin, seine Regierung gestürzt zu sehen. In Wirklichkeit verhalten sich die Dinge so: Der Youngplan sieht für Deutschland ein Moratorium von zwei Jahren vor mit Rückstandszinsen, die 5,5 v. H. erreichen können; Frankreich hat Recht auf ein Moratorium von drei Jahren mit 5 v. H. (England) und 4,25 v. H. (Amerika) Zinsen. Sonst muß Deutschland immer die volle Rate zahlen; Frankreich kann darüber hinaus noch die Stundung eines Teiles der Jahreszahlung verlangen. Deutschland hat das Recht, seine Zahlungen bis zu 50 v. H. einzustellen, nachdem die Transfers ein Jahr lang aufgehoben waren; aber dieser Fall ist im Abkommen Churchill-Caillaux durch den Briefwechsel vom 12. Juli 1926 vorgesehen, und Frankreich hat dann das Recht, eine neue Diskussion seiner Kriegsschulden zu verlangen. In dem Abkommen mit den Vereinigten Staaten besteht eine solche Formel nicht, aber es ist fast mit Sicherheit anzunehmen, daß Washington dem Beispiel Londons folgen würde. Aus dem kurzen Vergleich ergibt sich, daß die Garantien Frankreichs viel stärker und vorteilhafter sind als die des Reiches; der Einwand, daß

die „Schmerzensmutter Frankreich an Stelle Deutschlands zahlen“ muß, ist also kaum ernst zu nehmen. In Wirklichkeit stand hinter den Ziffern, Daten und Texten, mit denen Poincaré und eine Legion Redner bis zur völligen Erschöpfung spielten, etwas ganz Anderes: die Liquidation einer Vergangenheit, an die man sich mit aller Kraft der Phantasie wie des Herzens klammern wollte, und die schmerzvolle Geburt einer neuen Ordnung der Dinge, die allen Widerständen zum Trotz einmal wird herbeigeführt werden müssen.

III.

Poincaré selber war unvorsichtig genug gewesen, die Blätter einer Vergangenheit voller Schuld und Irrtum aufzurollen. Er gehört zu denjenigen Staatsmännern, die sich von den Ereignissen als Folgen ihrer Taten stets recht geben lassen; dazu ist unter Umständen eine kühne Umbiegung erfordert, die Poincaré mit größter Geschicklichkeit zu vollziehen weiß. Man hat oft genug gesagt: Der Mann redet immer und immer wie in einem verzwickten Prozeß. Er diskutiert über eine Dokumentensammlung. Nicht umsonst ist er langjähriger Stabträger und noch heute angesehenes Mitglied der Pariser Advokatenkammer. Das Dossier trug diesmal die Aufschrift: Allgemeine Nachkriegspolitik Frankreichs. Poincaré griff die großen Wendepunkte heraus: Versailles, die Ruhr, der Dawesplan, die Schuldenabkommen, Genf, die Youngverhandlungen. Der Leitsatz heißt: Es handelt sich dabei nicht um Biegungen und Kreuzungen, sondern um eine einzige, gerade Linie, und diese Linie hat meine Politik verfolgt. Ich bin also verantwortlich für Alles, was geschehen ist, und ich nehme diese Verantwortung auf meine Schultern. Ein Beispiel nur für die Methode des Plädoyers: Der Plan Bonar Law und die Besetzung der Ruhr. Poincaré behauptete: Der Plan Bonar Law war ein bloßes Luftgebilde. Er hatte nicht die geringste Aussicht, je verwirklicht zu werden. Man versprach uns das Fell eines Bären, den zu erlegen wir nicht die geringste Aussicht hatten. Es war eine richtige Totgeburt. In diesem Augenblicke lachte der Radikal-Sozialist und früherer Minister François-Albert. Poincaré, der nicht den geringsten Sinn hat für Humor, rief ihm wütend zu: „Ich bitte Sie, auf der Stelle zu erklären, warum Sie lachen!“ Da antwortete der Abgeordnete: „Das arme Wesen, von dem Sie sprechen, hätte das Leben allerdings nicht leicht gehabt; denn Sie haben es ja begraben, ehe es noch einen Atemzug tun konnte.“ In der gleichen Weise wurde die Ruhrbesetzung selber behandelt. Herriot wies nach: Sie hat das Band zerrissen, das unsere Guthaben mit unsern Schulden verknüpfte; von diesem Augenblicke an verhandelte England allein, und Frankreich mußte den Weg nach Canossa antreten. Sie hat ferner das politische System zertrümmert, das uns zum Siege geführt; wir stehen seitdem allein und konnten es nicht verhindern, daß England im Pakte von Locarno tatsächlich die Rolle eines Schiedsrichters zwischen Frankreich und Deutschland übernahm. — Darauf antwortete Poincaré mit ein paar Ziffern, die den angeblichen „Gewinn“ der Ruhrbesetzung bildeten, und der mehr

als seltsamen Behauptung, die militärischen Operationen hätten den Dawesplan erst möglich gemacht. Nach dieser Beweisführung verhalten sich also die Dinge so, daß der Dawesplan, Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, das Youngabkommen, mit einem Worte die gesamte europäische Befriedungspolitik ihren Ausgangspunkt in der Ruhrbesetzung hat. „Poincaré-la-Ruhr“ ist also ein Ruhmetitel und gleichbedeutend mit „Poincaré-der-Frieden“. Es besteht nicht der geringste Widerspruch zwischen dem Poincaré von 1914, 1919, 1923, 1929. Immer und überall nur der eine Wunsch, das eine Ziel: Die Wahrung des Friedens. Dazu mußte Deutschland besiegt, ausgehungert, bedroht, geknechtet, gefesselt, gedemütigt werden; heute, nachdem all dies geschehen, darf Poincaré seine wahre Natur offenbaren und den ehemaligen Feinden — mit der nötigen Vorsicht allerdings — die Hand reichen. Gesta Dei per Poincaré: Wie Triumph klang es durch die endlosen Reden vor den Ausschüssen und der Kammer.

Aber dazwischen ließ sich wiederum der Grundakcord der Verhandlungen vernehmen: Die amerikanischen und englischen Schulden. Und dann schlug die Stimmung ins Tragische oder Pathetische um. Franklin Bouillon, der letzte Romantiker im Politikerkleid, riß durch eine flammende Ansprache die Kammer zu einem geradezu tollen Entschluß hin: Amerika „im Namen der Toten“ ein gefühlsmäßiges Ultimatum zu stellen! In jener denkwürdigen Freitagnacht erlitt Briand die schwerste Niederlage, die einem Staatsmann bereitet werden kann: daß er sich nach Außen hin erniedrigen, vor sich selber verleugnen mußte. Dann entbrannte der Kampf um die „Reserven“ und Vorbehalte, die nichts anderes bezweckten, als zwischen den Schulden und dem Youngplan eine rechtliche Verbindung herzustellen. Hier tat die Linke den entscheidenden Schritt: Sie weitete die Debatten zu einer Aussprache über die allgemeine Friedenspolitik Frankreichs, indem sie den Antrag stellte, daß die Schuldenratifizierung den Auftakt zu dem großen Werk der europäischen Neugestaltung bilden sollte. Die Logik, die dieser Forderung zugrunde liegt, ist unanfechtbar. Schulden, Reparationen, Youngplan, Rheinräumung: sie bilden ein unteilbares Ganzes, aus dem man kein Stück herausbrechen kann. Nun aber kämpft Poincarés Mehrheit einen erbitterten Kampf gegen die Aufgabe der Pfänderpolitik, gegen das „Vertrauen in Deutschland“, gegen den Verzicht auf militärische Zwangsmittel; die gesamte Rechtspresse hat einen scharfen Feldzug gegen das „vorzeitige Niederholen der Tricolore in Mainz“ eröffnet, die Generale und chauvinistischen Politiker predigen durch ganz Frankreich einen wahren Kreuzzug, Polen und die Ostverbündeten marschieren auf, Frankreichs „Sicherheit“ ist bedroht, der „Sieg“ wird liquidiert! Am Vorabend der entscheidenden Regierungskonferenz mußte die Frage gestellt werden: Was will Poincaré? Ist er mit seiner Mehrheit einverstanden, so hat es wirklich keinen Zweck, die leitenden Staatsmänner der halben Welt zu mobilisieren. Denkt er aber anders, so muß er daraus die parlamentarischen Folgerungen ziehen. Es gab einmal in der französischen Geschichte einen „Tag der Betrogenen“. Poin-

caré wird höflich genug sein, nicht sechs Großmächte zu Betrogenen zu machen. Das war der tiefere Sinn des Antrags, den der linksgerichtete Finanzausschuß durch den Abgeordneten Palmade vertreten ließ. Er wurde, ebenso wie die klare Forderung der Sozialisten auf sofortige Rheinräumung, von Poincaré und seiner Mehrheit abgelehnt. Von diesem Augenblicke an ist man auf bloße Vermutungen angewiesen. War es bloße Taktik, und wollte Poincaré gewisse Trümpfe, die er während der kommenden Konferenz auszuspielen gedenkt, nicht vorzeitig auf den Tisch legen? Am Quai d'Orsay wird uns von einer hochgestellten Persönlichkeit versichert: Es gibt keinen Gegensatz zwischen Briand und Poincaré. Die beiden Staatsmänner sind vollständig einig über die Ziele sowohl wie die Methoden der zukünftigen französischen Politik. Es ist daher vollkommen sinnlos, von einem „pazifistischen“ Briand und einem „militaristischen“ Poincaré zu sprechen. Die Lösungen, die Briand als Außenminister vorschlagen wird, sind von Poincaré im Voraus gebilligt. Wenn es dafür noch eines Beweises bedurft hätte, so hat ihn das Auftreten Briands in der Kammer geliefert. Wenn Sie weiter fragen: Kann von einer „Befehrung“ Poincarés oder Briands die Rede sein, so gibt es darauf nur die Antwort: Beide sind große Patrioten und setzen ihre letzten Kräfte daran, das Wohl Frankreichs zu fördern. Das Wohl Frankreichs aber ist gleichbedeutend mit der endgültigen Befriedung Europas.

IV.

Man behauptet: Die innerpolitische Lage in Frankreich wird durch die jüngste Entwicklung, Poincarés Erkrankung und Rücktritt, wesentlich verändert; denn ob man will oder nicht, die Regierungsmehrheit verschiebt sich weiter nach links, und Lösungen, die gestern noch unmöglich erschienen, gelten heute beinahe als selbstverständlich. Gewiß: Die Kammerwahlen vom Mai 1928 stellen in Wirklichkeit eine Volksabstimmung für oder gegen Poincaré dar. Das gewöhnliche Spiel der Parteien, an sich schon kompliziert genug, war dadurch noch mehr verwirrt worden. Schließlich kam es so weit, daß die Fraktionen wie Staub im Winde zerstoßen, wenn Poincaré durch Zufall oder Berechnung einmal mit seiner Parole zögerte. Diese merkwürdige Lage ist bis heute ungefähr die gleiche geblieben: Poincaré spielt im Palais Bourbon die Rolle der Kage, bei deren Abwesenheit die Mäuse Meister sind. Was jedoch im Innern gilt, trifft nicht ohne Weiteres auf die Außenpolitik zu, deren traditionelle Linie in Frankreich nur sehr selten von den inneren Wellenschlägen berührt wird. Hier muß mit aller Eindringlichkeit betont werden: Poincarés Programm lebt und wirkt, wenn auch der Meister aus Krankenlager gefesselt ist. Es war ein entscheidender Augenblick in der Geschichte der dritten Republik, als zwischen dem geschmeidigen Fischer von Cocherel und dem starrsinnigen Lothringer Fürsten der politische Pakt geschlossen wurde. Zwei Systeme verschmolzen zu einem neuen Gebilde, zwei Weltanschauungen fügten sich reibungslos ineinander. Es ist ganz logisch und natürlich, daß Briand, nicht Poin-

caré, diese Politik vor den versammelten Mächten verteidigt. Welches eigentlich der Inhalt der Abmachungen zwischen Briand und Poincaré ist, läßt sich im Einzelnen nicht sagen. In den Grundzügen stellen sie ohne Zweifel die organische Verbindung der beiden Methoden dar, die seit Kriegsende nacheinander angewendet wurden, und von denen keine für sich allein ein befriedigendes Ergebnis zeitigte. Und deshalb läßt sich abschließend sagen: Nicht so sehr um seiner persönlichen Taten willen, die Kinder seines Geistes sind, wird Raymond Poincaré in die Geschichte eingehen; sondern in erster Linie wegen seiner späten Erkenntnis, daß diese Politik allein dem Wohle Frankreichs auf die Dauer nicht entspricht; daß der Greis Anpassungsfähigkeit genug besaß, und die Selbstverleugnung, einer entgegengesetzten Methode starke Zugeständnisse zu machen.

Briand ist sein eigener und Poincarés Testamentsvollstrecker: auf absehbare Zeiten werden ihre Namen mit dem gleichen Atemzuge genannt werden müssen. Wenige Wochen erst sind verstrichen, da sagte er uns halb im Scherz, halb im Ernst: „Ich habe es plötzlich sehr eilig, wie ein Mann, der bald gerufen wird, und der seine Arbeit erst halb fertig hat.“ Zwei Tage später ließ er seinen Grundriß zu einem Neuaufbau Europas durchblicken; und dann stand er selber an der verantwortlichen Stelle, verteidigte das Werk seines Freundes Poincaré, und deutete schließlich an: Wir haben Frankreich im Innern nach Möglichkeit gefestigt, seine Finanzen, seinen Kredit gesichert; jetzt handelt es sich darum, ihm eine neue, außenpolitische Stellung zu geben, die den Forderungen entspricht, die eine zukünftige Entwicklung stellt. Ohne Zweifel haben gewisse außenpolitische Erfahrungen der letzten Zeit den Entschluß Briands, ohne Säumen zu handeln, stark beeinflusst. Wir erinnern nur an das Abkommen zwischen Frankreich und der Türkei, das nichts weniger als einen Erfolg der Pariser Diplomatie darstellt, denn weder die Eisenbahnfrage von Mersive-Adana, noch die Grenzberichtigung in Syrien, noch das Eigentumsproblem sind in einem für Frankreich günstigen Sinne gelöst worden. Schwerer noch fällt der offenkundige Mißerfolg der diplomatischen und politischen Verhandlungen mit Italien in die Waagschale; als im Januar 1928 der radikale Senator R. Besnard als Botschafter beim Quirinal durch den Berufsdiplomaten De Beaumarchais ersetzt wurde, da hoffte Poincaré immer noch auf den Triumph seiner politischen Methode, und Briand ließ stillschweigend geschehen. Die Neuregelung des Statuts von Tanger gestaltete sich verhältnismäßig leicht; ein paar französische Konzessionen, drei hohe italienische Verwaltungsbeamte genügten. Dann griff man wohlgemut das tunesische Problem auf, das seit Kriegsende immer schwieriger geworden ist. Italien verlangte die Erneuerung der ihm günstigen Konvention von 1896 auf 20 oder 30 Jahre; Frankreich bot ein Kompromiß, demzufolge das erste von italienischen Eltern in Tunis geborene Geschlecht italienisch bleiben, das zweite zwischen den beiden Nationalitäten wählen, das dritte ohne weiteres französisch sein müsse. Mussolini wies dieses Anerbieten schroff zurück; der kulturelle und politische Kampf entbrannte im ganzen Pro-

tektorate mit unerhörter Heftigkeit, und seit dem merkwürdigen Flugbesuch des Unterstaatssekretärs Balbo vergeht kein Tag ohne Zwischenfälle. Die Faschisten sind umso erbitterter, als auch in der tripolitaniſchen Angelegenheit keine Einigung erfolgen will. Der Vertrag von 1919, der Italien die Oasen von Ghat und Ghadames zusprach, wird von Mussolini als gänzlich ungenügend erachtet. Er fordert von Frankreich das gesamte „Hinterland“, also Uadai, Borkou, Tibesti, Ennedi, wendet sich scharf gegen das englisch-französiſche Teilungsabkommen von 1899, das von der Türkei, ſoweit es die Südgrenze von Tripolis betrifft, nie anerkannt wurde; durch den Frieden von Lauſanne 1911 wurde Italien Rechtsnachfolger der Türkei und erhebt die gleichen Ansprüche. Frankreich ſeinerſeits hat durch die Abtretung von Ghat bereits ein großes Opfer gebracht und bezeigt nicht die geringſte Luſt, die Verbindungslinien zwischen ſeinen Kolonien im Norden und am Äquator zu gefährden. So wurden denn die Verhandlungen ohne jedes Ergebnis abgebrochen, der Konflikt zwischen Frankreich und Italien ſpißt ſich in gefährlicher Weiſe zu, deſſen Auswirkungen ſind jezt ſchon auf dem Balkan und in Osteuropa fühlbar. Dieſes alles muß man ſich im Verein mit der politiſchen Entwicklung in England vor Augen halten, um die Haltung Frankreichs, im Beſondern die neue Politik Briand-Poincaré recht zu verſtehen. Seit Talleyrand — die beiden Politiker ergeben zuſammen einen Talleyrand — wieſen die Grundlinien der franzöſiſchen Diplomatie nicht mehr in gleichem Maße die beiden Merkmale auf: Kühnheit und genaueſtes Anpaſſen an die gegebenen Tatſachen. Frankreich raſt ſich ohne Zweifel zu einer ungeheuren Kraftanſtrengung auf. Es „rationaliſiert“ ſeine Politik vor ſeiner Wiſtſchaft, getreu der Forderung von Maurras: „Politique d'abord“! Man beginge einen großen Irrtum, wollte man die neuen Initiativen Briands und Poincarés, die ohne Zweifel ſchon recht bald erfolgen werden, mit den gewöhnlichen Maßſtäben kritiſch bewerten.

Zweitauſend Jahre Alpenpolitik.

Von Karl Haushofer.

Es hieße jeder Hoffnung auf Weltverbesserung durch politiſch-wiſſenſchaftliche Erziehung der Menſchheit entſagen, — die doch ein Hauptziel der politiſchen Erdkunde und der Geopolitik iſt, — wenn ein Jahrtausend voll Erfahrung mehr gegenüber einem ſo großen geopolitiſchen Gegenſtand, wie dem Alpenkörper — mit ſeinen 240,000 Qkm. Raum — nicht einen Vorſprung in ſeiner politiſchen Auffaſſung und Behandlung gewähren würde.

Das iſt der letzte Schlüſſel für den Unterſchied im Erfolg der von Süden und Weſten anſehenden romanischen Alpenpolitik und der nun